

Stellungnahme

ZUM

Kreishaushalt 2019

- es gilt das gesprochene Wort -

Stellungnahme des Vorsitzenden der CDU-Kreistagsfraktion, Toni Huber, zum Kreishaushalt 2019

Sehr geehrter Herr Landrat Bäuerle,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

schon über 10 Jahre erleben wir nun in Deutschland, in Baden-Württemberg und gerade auch im Landkreis Rastatt einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung. Dieser ist verbunden mit steigenden Steuereinnahmen und niedriger Arbeitslosigkeit. Das ist gut so. Wie lange wird es aber noch so bleiben? Erstmals korrigieren die Wirtschaftsforschungsinstitute und die Bundesregierung die Prognosen für 2019 und die Folgejahre nach unten. Die Gründe hierfür vom Brexit über den Dieselskandal bis zum Handelsstreit sind hinlänglich bekannt. Noch ist in unserer Region hiervon wenig zu spüren. Ganz im Gegenteil erleben wir derzeit eine Expansion unseres Wirtschaftsstandortes wie schon lange nicht mehr. Wenn wir jedoch weiterhin erfolgreich bleiben wollen, müssen wir die infrastrukturellen Rahmenbedingungen dafür schaffen. Vor allem aber müssen wir die mit der Expansion der Firmen einhergehenden Verkehrsprobleme lösen.

Das von der Wirtschaftsregion Mittelbaden gemeinsam von Kommunen und Wirtschaft erstellte Mobilitätskonzept ist hierfür der richtige Ansatz. Dieses Konzept, mit dem Charakter eines Weißbuchs, bietet die Grundlage, um gemeinsam die verkehrliche Infrastruktur und den ÖPNV voranzubringen.

Die Früchte einer erfolgreichen Arbeit im Landkreis und in den Städten und Gemeinden spiegeln sich in einer deutlich gestiegenen Steuerkraftsumme wider. Diese sowie eine Stabilität bei den Aufwendungen ermöglichen uns nach 10 Jahren, den Hebesatz der Kreisumlage auf 30 Punkte zu senken. Dennoch erhöht sich die Kreisumlage gegenüber 2018 um 4,4 Millionen Euro zum ersten Mal auf über 100 Millionen Euro. Den Vorschlag der Verwaltung zur Absenkung der Kreisumlage tragen wir gerne mit, weil wir diese als nachhaltig betrachten. Aufgrund der jetzt schon bekannten Steuerkraftsumme der Städte und Gemeinden 2018 errechnet sich für 2020 eine Kreisumlage von 106,6 Millionen Euro. Der Kämmerer hat hiervon in der Finanzplanung lediglich 103 Millionen Euro eingeplant. Vorsichtig wie er ist! Das bedeutet, es bleibt ein gewisser Spielraum für künftige Haushalte.

Darüber hinaus denken wir auch an künftige Generationen. Die Verschuldung kann sowohl im laufenden Haushalt als auch in der Finanzplanung weiter reduziert werden. Die Substanzerhaltung unseres Vermögens ist durch zahlreiche Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen ebenso gewährleistet. Mit Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von 17,3 Millionen Euro erreichen wir hier einen neuen Spitzenwert. 2020 wird er mit 19,2 Millionen Euro nochmals übertroffen.

Ein großer Teil dieser investiven Mittel fließt in den Breitbandausbau, eine Investition in die Zukunft. Ein großartiges Projekt, an dem sich 18 Städte und Gemeinden beteiligen. Mit dem Anschluss aller Industrie- und Gewerbegebiete setzen wir perfekte Rahmenbedingungen für unsere heimische Wirtschaft. Für uns kann dies jedoch nur der erste Schritt sein. Bedauerlich ist, dass durch die derzeitigen Förderbedingungen nur sehr wenige Privathaushalte an das Glasfasernetz angeschlossen werden können. Nach Abschluss des Projektes werden wir folgende eigentümliche Situation haben. Privathaushalte in Herrenwies, und ich gönne es ihnen, verfügen über einen Glasfaseranschluss, jedoch über 90 % aller weiteren Haushalte haben lediglich eine Bandbreite von in der Regel bis zu 100 Mbit/sec zur Verfügung. Dies ist Paradox und kann so nicht bleiben.

Der Breitbandausbau muss deshalb zügig weitergehen. Aus unserer Sicht spricht nichts dagegen, dies auch wiederum gemeinsam über den Eigenbetrieb des Landkreises zu machen. Der Breitbandausbau ist jedoch nur die eine Seite. Leider kommen die Netzbetreiber auch beim Ausbau des Mobilfunks nicht voran. Schon jetzt müssen wir uns deshalb als Region dafür stark machen, dass der neue Mobilfunkstandard 5 G flächendeckend ausgebaut wird. Es ist ja schön, wenn wir in Karlsruhe ein Testfeld für autonomes Fahren haben. Spätestens zwischen Karlsruhe und Rastatt würden diese Fahrzeuge jedoch in riesigen Funklöchern versinken.

Eine Herausforderung und eine Zukunftsaufgabe ist auch der Erhalt der wohnortnahen medizinischen Versorgung sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich. Mit vielen, auch schmerzlichen, Entscheidungen, haben wir die organisatorische und medizinische Neuausrichtung unseres Klinikums vorangetrieben. Dennoch planen wir auch für das Jahr 2019 mit einem Betriebsverlust von 4,6 Millionen Euro, der ausschließlich im Bereich der Akutkliniken entsteht. Eindeutiger Grund hierfür ist der viel zu niedrige Landesbasisfallwert. Eine Systematik der Krankenhausfinanzierung, die dringend geändert werden muss.

Ein weiterer Grund ist die unzureichende Förderung der Investitionen durch das Land. Als tarifgebundener Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes sind wir nicht in der Lage, diese Situation entscheidend zu verändern. Den eingeschlagenen Weg, dieses strukturelle Defizit über Investitionszuschüsse der Träger auszugleichen, müssen wir deshalb weitergehen. Die Voraussetzungen hierfür haben wir mit dem Betrauungsakt geschaffen. Wir waren als CDU-Fraktion deshalb gerne bereit, in den Jahren 2018 bis 2020 insgesamt 6,4 Millionen Euro an Investitionszuschüssen an das Klinikum zu geben. Weitere 5 Millionen Euro sind in den Finanzplanungsjahren 2021 und 2022 bereit gestellt. Damit kommen wir unserer Verantwortung für das Klinikum, das Personal und für die Patientinnen und Patienten nach.

Weitere Herausforderungen sind für uns jedoch erkennbar. Wir brauchen dringend eine Antwort auf den zunehmenden Personalmangel, auf die weiter fortschreitende Spezialisierung der Medizin sowie auf die immer komplexeren Behandlungsfälle. Der Aufsichtsrat aber auch die Gesellschafter müssen sich deshalb weiterhin sehr intensiv mit den Strukturen unseres Klinikums beschäftigen.

Sehr erfreulich, und dies möchte ich an dieser Stelle besonders betonen, entwickeln sich unsere Pflegeeinrichtungen und Tochtergesellschaften. Sie stabilisieren damit das Gesamtunternehmen. Hier wird die weitere Entwicklung davon abhängig sein, ob es uns gelingt, genügend Pflegekräfte auszubilden und neu zu gewinnen. Eine leistungsgerechte Bezahlung sehen wir hierfür als Voraussetzung.

Im hart umkämpften Wettbewerb der Regionalflughäfen hat sich der Baden Airpark gut behauptet. Trotz verschiedener Turbulenzen konnte er 2018 das zweitbeste Ergebnis seit Bestehen erzielen. Bei der dringend notwendigen Realisierung eines eigenen Autobahnanschlusses sind wir auf das Ergebnis des Planfeststellungsverfahrens gespannt. Wir vertrauen auf die Planfeststellungsbehörde, dass sie das eingeleitete Verfahren zeitnah und nach Recht und Gesetz zum Abschluss bringt.

Stolz sind wir auch in diesem Jahr auf unseren Abfallwirtschaftsbetrieb. Er wird auch im Jahr 2019 wieder den Müll im Landkreis kostengünstig und umweltgerecht entsorgen. Durch den Bau des Wertstoffhofes in Bühl konnte eine deutlich bessere Wertstoffverwertung erzielt werden. Dies soll nun auch mit der geplanten Sanierung der Deponie Hintere Dollert in

Oberweier weiter optimiert werden. Deshalb ist es auch naheliegend für den Bereich Rastatt / Hardt einen Wertstoffhof zu errichten. Finanzmittel für eine Bedarfsanalyse sind eingestellt. Bezüglich der stoffgleichen Nichtverpackungen möchten wir nochmals klarstellen, dass eine Lösung im bestehenden Tonnensortiment gefunden werden muss. Eine zusätzliche Tonne hierfür lehnen wir ab.

Ein weiterhin großes Investitionsvolumen sehen wir in unseren Kreisschulen. Dieses Geld trägt jedoch gute Zinsen. Gerne investieren wir auch im Jahr 2019 in Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen an unseren Kreisschulen. Über das Breitbandprojekt des Landkreises werden wir alle kreiseigenen Schulen an das Glasfasernetz anschließen. Parallel hierzu fordern wir die Erarbeitung eines Konzeptes zur Digitalisierung der Schulen sowie zur Weiterentwicklung der Bildungsgänge in Richtung Industrie und Handwerk 4.0. Mit der Lernfabrik an der Carl-Benz-Schule und der Lernwelt 4.0 an der Josef-Durler-Schule sind wir hier schon gut unterwegs. Auch die Weiterentwicklung der Ganztagsbetreuungsangebote mit den entsprechenden räumlichen Voraussetzungen halten wir für wichtig.

Der öffentliche Personennahverkehr ist für uns ein unverzichtbarer Baustein eines zukunftsorientierten Mobilitätsverbundes. Eine bedarfsgerechte weitere Taktverdichtung und Angebote für Schüler, Auszubildende und Berufspendler im gesamten Landkreis und darüber hinaus, und damit meine ich auch das Elsaß, sind notwendig, um den ÖPNV als eine wettbewerbsfähige und umweltschonende Alternative zum motorisierten Individualverkehr auszugestalten. In der Weiterentwicklung des Karlsruher Verkehrsverbundes vom reinen Verkehrs- zum Mobilitätsverbund im Rahmen des REGIO-MOVE Projekts sehen wir große Chancen, die Attraktivität des ÖPNV nochmals deutlich zu erhöhen. Grundvoraussetzung hierfür ist die Barrierefreiheit in den Bahnhöfen und Haltestellen, der Einsatz digitaler Echtzeitinformationen für die Fahrgäste sowie die Gewährleistung der Sicherheit in den Bahnen und Bussen sowie an den Haltestellen, um nur einige Beispiele zu nennen.

Was Wetterkapriolen anrichten können haben wir die letzten Monaten und Wochen erleben dürfen. Insbesondere die gewaltigen Schneemassen in den Alpen können durchaus zu Hochwassern führen, wenn dieser Schnee zeitgleich mit Regen schmilzt. Deshalb sind wir sehr dankbar, dass im Bereich Steinmauern, Elchesheim-Illingen und Au am Rhein im

vergangenen Jahr endlich mit der Dammsanierung begonnen wurde.

Leider ist der Fortgang bei den Poldermaßnahmen oberhalb der Staustufe Iffezheim sehr schleppend. Bisher sind lediglich 65,6 Millionen Kubikmeter Retentionsvolumen durch die Polder Auenheim, Kulturwehr Kehl und Söllingen geschaffen worden. Es fehlen aber auf diesem Rheinabschnitt weitere 60,9 Millionen Kubikmeter Retentionsvolumen, um für unsere Gemeinden unterhalb der Staustufe Iffezheim den so genannten 200-jährlichen Hochwasserschutz zu gewährleisten. Wir müssen deshalb das Land erneut auffordern, diesen wichtigen Schutz der Menschen am Oberrhein mit deutlich mehr Engagement anzugehen.

Vorausschauend und richtig ist das Gemeinschaftsprojekt aller Kommunen sowie des Landkreises zur Erstellung eines Starkregenrisikomanagements. Weitere gemeinsame Projekte, beispielsweise ein Notfallkonzept Stromausfall, sollten wir in der Zukunft gemeinsam angehen und diese dann auch entsprechend üben.

Ein sehr erfreuliches Ergebnis brachte die Kundenbefragung im Landratsamt. Die Verwaltung ist gut aufgestellt sowohl in der Organisation als auch in der Qualität. Für die Zukunft wird jedoch die Personalgewinnung und die Personalentwicklung eine große Herausforderung darstellen. Deshalb ist es richtig, weiter verstärkt in die Ausbildung und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu investieren. Ebenso wichtig ist jedoch, eine gute und gleichwertige Unterbringung der Verwaltung. Auch wenn die Kosten für die Sanierung der Lyzeumstraße 23 gestiegen sind und vielleicht auch noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht ist, war diese Entscheidung richtig. Die von uns beantragten weiteren Überlegungen zur Erweiterung der Kapazität im Hauptgebäude sollten wir trotzdem baldigst angehen.

Mit Blick auf die Finanzplanung können wir feststellen, dass sich die Aussichten für die kommenden Jahre durch die weiterhin so positive Entwicklung der Steuerkraft der Städte und Gemeinden wieder leicht verbessert haben. Immer davon ausgehend jedoch, dass diese Entwicklung auch so bleibt. Für die Jahre 2020 bis 2022 sind Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von rund 45 Millionen Euro geplant.

Nach aktuellem Stand brauchen wir hierzu keine Kreditaufnahme und können die Verschuldung des Landkreises um weitere 11,5 Millionen Euro zurückführen. Wir müssen dabei jedoch im Blick haben, dass sich das veranschlagte ordentliche Ergebnis voraussichtlich mehr als halbiert. Auch wenn sich die Kosten für die Unterbringung der Flüchtlinge deutlich reduziert haben, so steigt gleichzeitig der Ansatz für Flüchtlinge in der Anschlussunterbringung. Verringert werden können diese Kosten nur durch eine gelingende Integration, weshalb eine langfristige Finanzierung des Integrationsmanagements durch das Land zu gewährleisten ist. Wir freuen uns auch, dass das Land der langjährigen Forderung der kommunalen Spitzenverbände nachgekommen ist und sich für die Jahre 2017 und 2018 nun erstmals an den Kosten der Anschlussunterbringung mit jährlich 3,3 Millionen Euro beteiligt. Wir fordern, dass das Land sich auch in den kommenden Jahren in entsprechender Form an den Kosten der Anschlussunterbringung beteiligt.

Im größten Budget unseres Haushaltes, dem Sozialhaushalt, mit fast 140 Millionen Euro stecken für die nächsten Jahre durchaus einige finanzielle Risiken. Diese sehen wir zum einen im Jugendhilfehaushalt, zum anderen bei der Eingliederungshilfe, wo insbesondere die zusätzlichen Aufwendungen durch das Bundesteilhabegesetz noch nicht seriös vorausgesagt werden können. Der von uns eingeschlagene Weg der Prävention, angefangen bei den frühen Hilfen über die aktivierende Hebammenhilfe, die Jugendpflege, das HALT-Projekt bis hin zur Schulsozialarbeit und dem Integrationsmanagement müssen wir deshalb weitergehen. Dass dieser Weg durchaus erfolgreich ist, wurde deutlich beim interkommunalen Vergleich der Jugendhilfekosten.

Unser Landkreis hat sich in den letzten 15 Jahren überaus erfolgreich entwickelt. Der Erfolg hat bekanntlich viele Gesichter. Eines dieser Gesichter ist unser Landrat Jürgen Bäuerle, der den Landkreis auch durch schwierige Zeiten, und hier nenne ich die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Flüchtlingsunterbringung, sicher hindurch geführt hat.

Wir waren deshalb auch so erfolgreich, weil stets eine faire Partnerschaft zwischen Landrat und Kreistag sowie zwischen Landrat und den Städten und Gemeinden gelebt wurde. Dies zeigte sich auch in den jährlichen Haushaltsberatungen und im Umgang miteinander. Meine Prognose ist deshalb sicherlich nicht zu kühn, wenn ich behaupte, dass dies sicher auch beim 14. Haushalt unseres Landrats so sein wird.

Die CDU-Fraktion stimmt deshalb der Festsetzung der Kreisumlage auf 30 Punkte, der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan sowie dem Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft zu.

Unserer besonderer Dank geht an Sie, sehr geehrter Herr Landrat Bäuerle sowie an unseren Kreiskämmerer, Herrn Jung, mit seinem gesamten Amt. Ein weiteres Dankeschön gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landkreisverwaltung für ihr engagiertes und motiviertes Arbeiten. Einschließen in diesen Dank möchte ich die Geschäftsführer Jürgen Jung und Prof. Roeder vom Klinikum Mittelbaden sowie die Geschäftsführung des Abfallwirtschaftsbetriebs mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.